

Presseinformation



Rede wurde zu Protokoll gegeben!

TOP 50 – Mittelständische Wirtschaft schützen – Mehr regionale öffentliche Vergaben ermöglichen

Dazu sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Joschka Knuth:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 156.20 / 08.05.2020

Unternehmen brauchen Aufträge

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

Die Corona-Krise hat insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen getroffen. 98% unserer Unternehmen im Land haben weniger als 50 Mitarbeiter*innen. Hunderttausende von ihnen sind in Kurzarbeit. Aufträge sind weggebrochen, ganze Branchen zumindest temporär weitgehend stillgelegt und in den vergangenen Wochen haben wir auch als Politik viel Geld in die Hand genommen, um die Unternehmen am Leben zu halten.

Die jüngsten Lockerungsankündigungen machen deutlich, dass es für breite Teil der Wirtschaft jetzt Stück für Stück wieder anläuft. Und genau das braucht es jetzt: Die Unternehmen brauchen Aufträge. Sie brauchen Umsätze. Sie müssen ihren Betrieb ans Laufen bringen dürfen.

Der öffentliche Markt hat ein Volumen von 300 Milliarden Euro. Auch das Land und die Kommunen in Schleswig-Holstein halten hieran einen nicht zu vernachlässigenden Anteil. In einer Phase, in der das Konjunkturklima massiv einbricht, ist es richtig, dass das Land auch bei seinen eigenen Aufträgen zumindest einen Teil dazu beiträgt, damit diese pragmatisch an Unternehmen vergeben werden. Bestenfalls an leistungsstarke Unternehmen aus dem Land.

In der Krise ist es richtig, rechtlich sowieso schon vorgesehene schlanke Verfahren bei der Vergabe zu nutzen. Damit können Verwaltung und Wirtschaft entlastet werden. Bei der Ausschreibung und Beschaffung von Dienstleistungen und Produkten besteht so die Möglichkeit, dass die Verwaltung im Zuge vereinfachter Verfahren auf Arbeitsschritte verzichtet.

Für die Unternehmen im Land sind vereinfachte Vergabeverfahren auch deshalb eine

wichtige Unterstützung, da sie durch die Krise mit einer Vielzahl zusätzlicher Verwaltungsaufwände belastet sind. Sie müssen für Teile der Belegschaft die Kurzarbeit verwalten, Hilfsprogramme beantragen, sich um Steuerrückerstattungen bemühen oder Hygienekonzepte erstellen. Da ist es richtig, wenn wir für einen begrenzten Zeitraum die Vergabeverfahren im Rahmen des sowieso schon gesetzlich Möglichen verschlanken und den Unternehmen somit den Zugang zu öffentlichen Aufträgen erleichtern.
